



Kantonsrat

Sitzung vom: 25. Januar 2016, vormittags

Protokoll-Nr. 22

Nr. 22**Auslagerung Rechenzentren für den Kanton Luzern; Entwurf Dekret über einen Sonderkredit für den Betrieb von zwei externen Rechenzentren (B 13). Eintreten, Detailberatung, Schlussabstimmung**

Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für den Betrieb von zwei externen Rechenzentren für den Kanton Luzern wurde von der Staatspolitischen Kommission (SPK) vorberaten. In deren Namen beantragt der Kommissionspräsident Daniel Gasser, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Die SPK habe die vorliegende Botschaft, beziehungsweise die Auslagerung dieser beiden Rechenzentren, an ihrer Sitzung vom 11. November 2015 behandelt. Der Sonderkredit belaufe sich auf 8'654'760 Franken, darin inbegriffen seien einerseits die Einmalkosten, andererseits aber auch die Betriebskosten für zehn Jahre. Die vorliegende Botschaft sei aufschlussreich und bringe die Fakten auf den Tisch. Man könne es vorwegnehmen, die Kommission sei einstimmig auf die Vorlage eingetreten und habe der Botschaft in der Schlussabstimmung mit 10 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. Auf die Enthaltung komme er zurück. Die Kommission hätte sich in einer engagierten Frageunde und in der anschliessenden Diskussion von der Richtigkeit und der Notwendigkeit des Anliegens überzeugen können. Als Grundlage für den Sonderkredit könnten zwei Tatsachen genannt werden. Erstens: Die Auslagerung der Rechenzentren Dienstleistungen gehe einher mit der Informatikstrategie des Kantons. Diese sage aus, dass Dienstleistungen, die nicht zur Kernkompetenz der Dienststelle Informatik (DIIN) gehörten und die durch Dritte effizienter und kostengünstiger, zum Beispiel durch Skaleneffekte, geführt werden könnten, vermehrt ausgelagert werden sollten. Zweitens: Aktuell habe der Kanton zwei Rechenzentren. Das neuere sei bereits ausgelagert, es werde von der CKW in Rathausen betrieben. Der Vertrag dazu laufe im Juli 2016 aus. Das ältere Rechenzentrum werde vom Kanton selbst, also in-house, an der Murbacherstrasse geführt. Es sei vor über 20 Jahren vom Kanton selbst aufgebaut worden und entspreche betreffend Infrastruktur, Platz und vor allem risikomässig in keiner Weise den heutigen Ansprüchen. Hauptmängel seien ein fehlendes Diesel-Notaggregat und keine redundante Kühlung; beides könne im bestehenden Gebäude nicht nachgerüstet werden. Weitere Mängel gebe es in der Gebäudesicherheit und aus dem Umstand, dass sich das Gebäude in der Gefahrenzone Wasser befinde. Die Kommission sei sich übereinstimmend einig gewesen, dass die Frage der Datensicherheit und der Datenführung auch in wirtschaftlich engen Zeiten keine nachlässige Behandlung erfahren dürfe. Zusätzlich seien folgende Fragenbereiche ebenfalls diskutiert worden: Könnten die Unterhaltskosten noch reduziert werden? Es habe richtigerweise eine GATT/WTO-Ausschreibung stattgefunden, die wiederkehrenden Kosten könnten daher nicht verhandelt werden. Gegenüber den aktuellen Marktpreisen seien die aufgeführten Kosten im grünen Bereich. Der Zuschlag gehe an die CKW Fiber Services AG. Ein Zentrum werde in Luzern, das andere in Littau geführt. Die beiden Zentren müssten ortsunabhängig sein. Warum könnten keine Personalkosten eingespart werden? Durch die Auslagerung gebe es keine Personalreduktion. Die Hauptarbeit bestehe im Betrieb. Dieser sei bis anhin von der DIIN ausgeführt worden und werde auch weiterhin von der DIIN ausgeführt. Gebäudefragen seien von der Eigentümerin der Murbacherstrasse, der LUPK erledigt worden. Der Unterhalt Kälte und Strom seien auswärts eingekauft worden. Sei es technisch gesehen eine Luxuslösung? Der technische Level Tier 3+ – es gebe noch einen Level Tier 4 – sei ein Muss und keine Luxuslösung. Dies könne auch von einem Kommissionsmitglied, welches eng mit der IT verbunden sei, bestätigt werden. Wie sei es mit dem Skaleneffekt? Der Skaleneffekt durch das Mitmachen des LUKS sei

mittlerweile einzurechnen, der Spitalrat habe positiv entschieden. Die Systeme Kühlung, Strom, Gebäudesicherheit könnten von mehreren genutzt werden. So entstehe ein zusätzlicher Rabatt von 2 bis 3 Prozent. Dieser sei im hier vorliegenden Kredit noch nicht eingerechnet worden. In der Kommission sei auch errechnet worden, dass das Angebot von den Kosten her als günstig zu taxieren und bereits nach fünf Jahren kostenneutral sei – jedoch bei weit besseren und sichereren Leistungen als heute. Zum Schluss sei bemängelt worden, dass kein Vergleich mit einer neuen Inhouse-Lösung aufgezeigt werde. Daher komme die eine Enthaltung in der Schlussabstimmung. Es hätte aber aufgezeigt werden können, dass die Projektierung einer neuen eigenen Lösung, um sie mit der vorliegenden richtig vergleichen zu können, unnötige Kosten ausgelöst hätte. Zudem entspräche dies, wie eingangs erwähnt, nicht der Informatikstrategie des Kantons. Die Kommission habe entschieden auf eine Medienmitteilung zu verzichten, aufgrund eines Rückkommens an der Dezembersitzung sei entgegen dem ersten Entscheid beschlossen worden, mit Fraktionssprechern zu arbeiten.

Im Namen der SVP-Fraktion tritt Lisa Zanolla auf die Vorlage ein und beantragt, sie zurückzuweisen. Die Diskussion in der Fraktion habe ergeben, dass es besser wäre, erst im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes 2017 über die Vorlage zu entscheiden. Der Kanton Luzern betreibe zwei autonome Rechenzentren, was eine sehr gute Lösung darstelle. Am Standort Murbacherstrasse seien Investitionen notwendig. Die heutige Technologie aber benötige keine sofortige Reaktion. Am 27. Juni 2015 seien trotz des damals schon bekannten Spardrucks zwei externe Rechenzentren öffentlich ausgeschrieben worden. Die Vergabe sei in der Zwischenzeit abgeschlossen. Die CKW sei als neuer externer Anbieter gewählt worden. Die Absicht, in das neu erstellte Rechenzentrum der CKW umzuziehen, könne die SVP nicht nachvollziehen. Deshalb wolle sie die Vorlage zurückweisen. Die CKW habe ein neues Rechenzentrum gebaut, und ihr einziger Kunde sei die Suva. Sonst stehe dieses Gebäude leer. Der Kanton Luzern habe nicht den Auftrag, die CKW zu subventionieren beziehungsweise ihre Investitionen zu rechtfertigen. Erschwerend komme hinzu, dass die CKW dem Kanton als Aktionär die Dividende gekürzt habe. Deshalb müsse der Kanton auf der Einnahmenseite einen Minderertrag verkraften. Mit der Überweisung der Botschaft würden direkte Umzugskosten von rund 300'000 Franken fällig. Zudem würden jährlich rund 120'000 Franken Betriebskosten anfallen, was aufgrund der aktuellen Finanzlage nicht zu rechtfertigen sei. Die SVP erachte es als besonders gefährlich, dass beide Rechenzentren von der gleichen Anbieterin in unmittelbarer räumlicher Nähe betrieben würden. Nachforschungen auf dem Markt hätten zudem ergeben, dass mit der Vergabe an einen Anbieter das Risiko einer Einlieferanten-Strategie bestehe. Wenn Ausgaben ausgelagert würden, sollte sich dies auch auf die Fixkosten im Bereich Personal auswirken, dazu fehle aber jeglicher Hinweis in der vorliegenden Botschaft. Aus diesen Gründen empfehle die SVP-Fraktion, die Botschaft zurückzuweisen. Der Kanton vergebe sich damit nichts.

Im Namen der CVP-Fraktion tritt Roger Zurbruggen auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Die CVP erkenne die Notwendigkeit der angestrebten Lösung in Anbetracht des Ist-Zustands. Es komme zu Störfällen im Rechenzentrum an der Murbacherstrasse. Zudem bestehe ein hohes Risiko für weitere Störfälle, weil keine Kühlung, keine Notaggregate und kein Hochwasserschutz vorhanden seien. Nun müssten anstehende Investitionskosten von mehr als 1 Million Franken getätigt werden. Des Weiteren sei das Betreiben eines Rechenzentrums wirklich nicht eine Kernaufgabe des Kantons, sondern es sei eine geradezu prädestinierte Aufgabe, die man aus Effizienzgründen besser auslagere, und zwar an dafür spezialisierte Betreiber. Die CVP habe ursprünglich einen Vorbehalt betreffend die Notwendigkeit eines höheren Rechenzentrums-Qualitätsstandards von Tier 3+ geäußert. Dieser höhere Tier 3+-Standard sei aber nicht einfach „nice to have“, sondern er rechtfertige sich im Rahmen des Zeithorizonts von zehn Jahren, in welchem diese Investition gedacht sei. Wenn man bedenke, wie schnell die Entwicklung im IT-Bereich sei, so werde ein heutiger Tier 3+-Standard in zehn Jahren vielleicht immer noch gut sein. Die CVP hätte ursprünglich noch einen weiteren Vorbehalt vorgebracht, nämlich hinsichtlich der um 120'000 Franken höheren jährlichen Betriebskosten. Diese seien aber erstens im Rahmen des GATT/WTO- Ausschreibungsverfahrens nicht mehr verhandelbar und zweitens mit dem ordentlichen Betrieb eines sicheren Rechenzentrums unerlässlich, zu nennen seien hier der geschützte Zugang, die Brandfrüherkennung sowie die Notstrom- und die Kälteerzeugung. Sicherlich sei der Zeitpunkt im Hin-

blick auf die Finanzlage des Kantons alles andere als ideal, aber es sei der Ist-Zustand des Rechenzentrums, der eine gewisse Dringlichkeit verursache.

Im Namen der FDP-Fraktion tritt Daniel Wettstein auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Jede andere Lösung als eine Auslagerung an einen professionellen Rechenzentren-Betreiber mache keinen Sinn. In der Botschaft werde klar ausgewiesen, warum jetzt eine Lösung zu treffen sei. Die Evaluation sei mit einer korrekten öffentlichen Ausschreibung erfolgt. Er könne sich an keine Infragestellung der erfolgten Ausschreibung in der Kommission erinnern. Finanziell werde diese Lösung mittel- und langfristig für den Kanton von Vorteil sein, das könne er versprechen. Zudem würde eine Verschiebung und die damit verbundene Neu-Evaluation oder eine Ausweitung auf eine Inhouse-Lösung neue Kosten von mehreren Hunderttausend Franken verursachen. Man solle nicht ein notwendiges Geschäft aus finanziellen Gründen blockieren und damit neue Kosten provozieren.

Im Namen der SP-Fraktion tritt Fiona Schär auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Die Botschaft sei in der Kommission fast unbestritten gewesen. Jetzt solle über das Geschäft noch einmal diskutiert werden. Was aber würden die Kritiker und Kritikerinnen mit der Rückweisung von der Regierung erwarten? Welche Lösungsalternativen sollten noch geprüft werden? Und was passiere, wenn der Rat der Botschaft nicht zustimme? Im kommenden Juli laufe nämlich der Vertrag mit der CKW betreffend das Rechenzentrum in Rathausen aus. Eine Rückweisung bringe zu viele offene Fragen, während die Zustimmung zur Botschaft eine wirtschaftliche, moderne und sichere Lösung biete. Wirtschaftlich sei sie, weil mit Ausnahme des Umzugs keine Mehrkosten zu erwarten seien. Investitionen des Kantons in die Infrastruktur wären damit nicht notwendig. Die Sanierung des bestehenden Rechenzentrums an der Murbacherstrasse hätte dagegen weit höhere Kosten zur Folge. Modern sei die Lösung, weil die neuen Rechenzentren hohe Standards bezüglich Energieeffizienz und Redundanz versprechen würden. Dies könnten die alten Zentren nicht bieten. Sicher sei sie, weil es sich um eine längerfristige Lösung handle. Sie mache den Diskurs über Risiken an den alten Zentren überflüssig. Auch mit einer Sanierung könnten gewisse Sicherheitsmängel am Rechenzentrum an der Murbacherstrasse nicht behoben werden.

Im Namen der Grünen Fraktion tritt Michael Töngi auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Die Fraktion habe noch gewisse Fragen zur Auslagerung. Der Handlungsbedarf werde in der Botschaft ausgewiesen: An der Murbacherstrasse wären Investitionen notwendig. Zudem laufe der Vertrag in Rathausen aus. Die neue Lösung sei etwas teurer als die bisherige. Gleichzeitig würden die an der Murbacherstrasse notwendigen Investitionskosten wegfallen. In der Botschaft sei zu wenig ausgeführt worden, wie es mit der Auslagerung an sich stehe, es sei einfach auf die Informatikstrategie verwiesen worden. Gemäss dieser Strategie übernehme die DIIN nur noch Kernaufgaben, und der Rest werde ausgelagert. Ein Vergleich zwischen der vorgeschlagenen ausgelagerten Lösung und einer kantonale erarbeiteten Lösung fehle. Die Grüne Fraktion spreche sich gegen eine Rückweisung aus. Man könne nicht jede Entscheidung im Hinblick auf das Konsolidierungsprogramm 2017 nach hinten verschieben, damit würde man den Kanton für die nächsten Jahre praktisch lahmlegen.

Im Namen der GLP-Fraktion tritt Claudia Huser auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Die beiden Rechenzentren, aber vor allem das Rechenzentrum an der Murbacherstrasse, seien in die Jahre gekommen. Die GLP begrüsse es, dass die Dienststelle Informatik zum richtigen Zeitpunkt reagiert habe und Verhandlungen aufgenommen worden seien respektive eine Ausschreibung zur Auslagerung der Rechenzentren vorgenommen worden sei. Das Zusammengehen mit dem LUKS befürworte die GLP sehr, zum einen um das Auftragsvolumen dementsprechend zu erhöhen. Zum anderen unterstütze die GLP-Fraktion die Nutzung von Synergien immer. Die Fraktion werde den Rückweisungsantrag ablehnen. Es sei aus ihrer Sicht richtig, der beschlossenen Informatikstrategie zu folgen, wonach der Kanton Luzern nur solche Angebote selber erbringe, die wirtschaftlich sinnvoll seien oder zu den Kernaufgaben gehörten. Darüber sei man sich auch in der Kommission einig gewesen. Die GLP begrüsse es ebenfalls, dass ein hoher Standard und eine hohe Energieeffizienz und damit eine zukunftstaugliche Lösung gewählt worden seien. Die effektiven Mehrkosten seien bald amortisiert und aus ihrer Sicht auch verhältnismässig. Zudem sei es sinnvoll, eine attraktive und

zentrale Lage wie die Murbacherstrasse für anderweitige Zwecke als ein Rechenzentrum zu nutzen.

Im Namen des Regierungsrates bittet Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Das Rechenzentrum an der Murbacherstrasse sei 20-jährig, es brauche tatsächlich ein neues. Es sei aus verschiedenen Gründen nicht mehr sicher. Es fehle eine gesicherte Aussenhülle, was aus heutiger Sicht einen grossen Mangel darstelle. Es gebe keine Brandfrüherkennungsanlage, sondern nur eine Brandmeldeanlage, und eine adäquate Löschanlage fehle. Bei einem Stromausfall könne die Anlage zudem nicht betrieben werden. Über eine unterbrechungsfreie Stromversorgung könne das Rechenzentrum nur noch geordnet heruntergefahren und die Daten gesichert werden. Das Rechenzentrum sei aber eine systemkritische Komponente für die Verwaltungstätigkeit. Es sei richtig, das Rechenzentrum auszulagern, da es eine kritische Grösse benötige. Wenn man diese kritische Grösse nicht erreiche, so wie es beim Kanton der Fall sei, gebe es zwei Strategien. Entweder lagere man das eigene Rechenzentrum aus oder baue zusammen mit anderen Partnern selber eines. Das Betreiben von Rechenzentren gehöre aber definitiv nicht zur Kernaufgabe der Verwaltung. Die CKW sei tatsächlich die einzige Anbieterin, aber mit zwei Standorten. Ein Rechenzentrum brauche wegen der Redundanz zwei Standorte. Mit nur einer Anbieterin seien aber die Verantwortlichkeiten klar geregelt und die technischen Verantwortlichkeiten viel einfacher. Die Distanz zwischen den beiden vorgesehenen Rechenzentren sei gut. Sie dürfe nicht zu kurz sein aufgrund der Gefahrenbeurteilung. Wegen des Preises der Verbindungen dürfe die Distanz aber auch nicht zu gross sein. Die Verbindungen zwischen den Rechenzentren seien heute kostenintensiv. Das vorliegende Geschäft sei optimal ausgearbeitet worden.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Lisa Zanolla stellt im Namen der SVP-Fraktion einen Rückweisungsantrag. Die CKW habe ein neues Rechenzentrum gebaut, und ihr einziger Kunde sei die Suva. Sonst stehe dieses Gebäude leer. Der Kanton Luzern habe nicht den Auftrag, die CKW zu subventionieren beziehungsweise ihre Investitionen zu rechtfertigen. Deshalb sei die Botschaft zurückzuweisen und frühestens zusammen mit dem Konsolidierungsprogramm 2017 zu behandeln.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Rückweisungsantrag ab. Er gebe Lisa Zanolla recht, es sei nicht Aufgabe des Kantons, das Rechenzentrum der CKW zu subventionieren. Das sei aber auch nicht der Fall. Damit der Rat eine Entscheidung treffen könne, müsse der Preis für die nachgefragte Leistung stimmen. Zudem müsse der Betrieb des Rechenzentrums während der Vertragsdauer sichergestellt sein. Das Angebot der CKW erfülle diese beiden Kriterien. Die Auswahl der Anbieterin sei im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung erfolgt. Das Angebot der CKW habe sich als das beste herausgestellt und entspreche den Vorgaben.

Der Rat lehnt den Antrag von Lisa Zanolla mit 80 zu 23 Stimmen ab.

Dekret über einen Sonderkredit für den Betrieb von zwei externen Rechenzentren für den Kanton Luzern

Titel und Ingress sowie Ziffern 1, 2 und 3 werden in der Detailberatung gemäss Entwurf des Regierungsrates angenommen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für den Betrieb von zwei externen Rechenzentren für den Kanton Luzern, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 82 zu 21 Stimmen zu.